

Menschenrechtsbeauftragte in Indien

Dialoge mit der Zivilgesellschaft

Thomas Stauber

Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Bärbel Kofler reiste Ende Oktober zu politischen Gesprächen nach Indien. Der sechstägige Besuch führte sie nach Delhi, Mumbai, Gujarat und in die nordindische Region Jharkhand. Frau Dr. Kofler und ihre Delegation suchten dabei den Austausch zur aktuellen Menschenrechtslage und trafen sich unter anderem mit indischen Menschen- und Frauenrechtsorganisationen sowie Grassroots-Aktivist(inn)en, die sich für die Rechte der Adivasi und Dalits engagieren.

Die Beauftragte der deutschen Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, so der offizielle Titel von Frau Dr. Kofler, hatte zu Beginn ihrer Reise bei einem Empfang der deutschen Botschaft in der Hauptstadt Delhi betont, sie wolle „mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteuren darüber sprechen, wie

Die Menschenrechtsbeauftragte der deutschen Bundesregierung, Bärbel Kofler, auf Visite bei Adivasi im indischen Bundesstaat Jharkhand.

Bild: privat

die Menschenrechte in Indien gestärkt werden können. Dabei werden wir wichtige Fragen diskutieren, etwa zu LGBTI (lesbian, gay, bisexual, transgender intersexual), Adivasi und anderen Minderheiten oder zu zivilgesellschaftlichen Freiheiten.“ Der Einladung durch die Botschaft zum Auftakt ihrer Reise waren zahlreiche zivilgesellschaftliche und Nichtregierungsorganisationen (NRO) gefolgt. Frau Kofler führte in Delhi außerdem Gespräche mit Vertreter(inne)n der *National Human Rights Commission of India*,

die in diesem Jahr ihr 25-jähriges Bestehen feiert.

Weitere Reiseziele waren Ahmedabad und Mumbai: Während Frau Kofler sich in Ahmedabad im Bundesstaat Gujarat mit Gewerkschafterinnen austauschen konnte, eröffnete sie in Mumbai eine Konferenz der deutsch-indischen Handelskammer zum Thema „*A Holistic Approach to Achieving Sustainable Supply Chains*“, auf der sie die Haltung der Bundesregierung zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten in Lieferketten darlegte.





Zwangsumsiedlungen in Jharkhand

Eine wichtige Reiseetappe war für Frau Kofler und ihre Delegation der östliche Bundesstaat Jharkhand. Im „Land der Wälder“ leben zahlreiche indigene Gruppen: Etwa 25 Prozent der Bevölkerung gehört zu den Adivasi. Jharkhand gilt zudem als die „Schatzkammer Indiens“, denn hier lagern 40 Prozent der gesamten indischen Mineralvorkommen. Doch die Bodenschätze liegen meist in den Gebieten, die seit Jahrhunderten von den Adivasi bewohnt werden. Bei ihren Treffen wurde die Delegation von Vertreter(inne)n lokaler Organisationen begleitet. Sie betonten wiederholt, dass die Rechte der Indigenen im Namen des Fortschrittes häufig mit Füßen getreten werden. Die deutsche Menschenrechtsbeauftragte erfuhr von den *Locals*, dass in Jharkhand stets neue Areale für weitere Minen abgesteckt, großflächig Umsiedlungen erzwungen und weite Gebiete durch den Ressourcenabbau zerstört werden, die für Adivasi seit Jahrhunderten Heimat sind. Ihr Lebensraum ist zunehmend bedroht, sie sind überdurchschnittlich von Vertreibungen betroffen. Lokale

und internationale NRO versuchen, die faktische Enteignung zu beenden und setzen sich – nicht nur vor Ort – für die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen ein.

Die lokalen NRO haben sich jedoch durch ihr Engagement in Jharkhand viele Feinde gemacht: „Häufig werden wir von den Behörden gegängelt, Polizei und Geheimdienst heften sich an unsere Fersen und unsere Kommunikation wird überwacht“, erläuterte ein NRO-Vertreter die politischen Herausforderungen seiner brisanten Arbeit. Er sieht den Besuch der Menschenrechtsbeauftragten daher als Chance, den Belangen der indigenen Bevölkerung mehr Gehör und Geltung zu verschaffen – auch international. Dem Besuch von Frau Dr. Kofler sei es wohl auch zu verdanken, dass ein Treffen mit dem Ministerpräsidenten von Jharkhand, Raghubar Das, überhaupt zustande kommen konnte. Aktivist(inn)en zeigten sich nach dem Gespräch jedoch enttäuscht: „Der *Chief Minister* ist nicht auf unsere Anliegen eingegangen. Man muss sich fragen, ob er ernsthaft daran interessiert ist, die Belange der Adivasi und Dalits zu berücksichtigen.“

Kohletagebaugebiet in Hazaribagh, Bundesstaat Jharkhand

Bild: privat

Kofler betont „gemeinsame Verantwortung“

Den Besuch von Frau Dr. Kofler in Indien hingegen werteten Vertreter/innen von NRO als Erfolg: Er verleihe ihrer Forderung Nachdruck, dass „Menschenrechte für alle gelten und von der internationalen Gemeinschaft ernst genommen werden müssen – auch wenn die Adivasi- und Dalit-Familien Jharkhands allzu oft vergessen werden“, so die Vertreterin einer zivilgesellschaftlichen Organisation. Frau Kofler unterstrich in diesem Zusammenhang die grenzüberschreitende Verantwortung, auch von Unternehmen und Konsumenten: Es gebe eine „gemeinsame Verantwortung auf deutscher und indischer Seite“ dafür, dass Menschenrechte geschützt werden und „die wirtschaftliche Entwicklung auch bei den Menschen vor Ort ankommt.“

Zum Autor

Thomas Stauber ist Soziologe und unabhängiger Journalist, lebt und arbeitet in Mumbai. Er twittert unter @stauber_thomas